

Zugestellt durch Österreichische Post

FPO  **DIE SOZIALE
HEIMATPARTEI**

Wir Steirer

KONKRET · KRITISCH · FREIHEITLICH

GLEISDORF

Impressum: Fd 1v, FPÖ Landesgruppe Steiermark, Conrad-von-Hötzendorf-Straße 58, 8010 Graz
E-Mail: weiz@fpoe-stmk.at, Tel.: +43 (0)316 / 70 72 - 95
Bezirksparteiobmann Patrick Derler, Politische Info

AUSGABE DEZEMBER 2023



Ich wünsche Ihnen
und Ihrer Familie frohe
Weihnachten!

HARALD LEMBACHER
GEMEINDERAT

■ Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Die hohe Inflation und die schwierige Wirtschaftslage stellen uns vor Herausforderungen. Die vielen internationalen Krisen wie in der Ukraine und Gaza schlagen auf das Gemüt. Zu viele Akteure sind der Meinung, auf dem Schlachtfeld mehr für sich herausholen zu können als auf dem Verhandlungsweg. Der Wunsch nach einem Weihnachtsfrieden wird heuer mehr denn je ein frommer bleiben.

Diese Auseinandersetzungen treffen auch uns in Österreich. Kaum ist etwas passiert, wird von jedem schon gefordert, klar Stellung zu beziehen. Wehe, man wagt es, eine differenzierte, vielleicht neutrale Haltung einzunehmen. Ob es klug ist, sich als wirtschaftliches und militärisches Leichtgewicht in alle Konflikte der „Großen“ hineinziehen zu lassen, wird sich weisen. Die Neutralität hat Österreich gerade in Konfliktzeiten wie dem Kalten Krieg große Dienste erwiesen. Ihr Wert ist nicht zu unterschätzen. Jenen, die ihr heute mit Verachtung begegnen, muß man jedenfalls gehörig mißtrauen. Es gibt bei uns in Österreich genug Baustellen. Abgesehen von der teils hausgemachten Inflation (ORF-Gebühren für alle, CO₂-Steuern z.B.) machen sich nun auch die negativen Folgen des völligen Kontrollverlustes der Bundesregierung über die permanente illegale Einwanderung direkt bemerkbar. Es leuchtet ein, dass man jungen Burschen, die von ihrer Religion, Kultur und Herkunft geprägt und überzeugt sind, nicht mit nettem Zureden das aufgeklärte westliche Weltbild überstülpen kann. Dieses linksgrüne Trugbild zerplatzt gerade lautstark bei diversen Demos, Messerstechereien und Bombendrohungen. In Essen wurde vor kurzem gar schon das Kalifat ausgerufen. Auf deutschem Boden! Afghanistan läßt grüßen.

In Österreich müssen wir solche Entwicklungen dringend verhindern. Leider aber sind weite Schichten der regierenden Polit-Elite bereits in eine Parallelwelt abgedriftet. So verglich unser finanziell bestens dotierter Bürgermeister und Nationalrat Christoph Stark doch glatt die Warnstreiks der Me-



tallergewerkschaft im Bemühen um faire Lohnabschlüsse mit den Kämpfen in der Ukraine und im Nahen Osten und ließ via Facebook sinngemäß ausrichten, die Arbeitnehmer sollten froh sein, dass Frieden herrsche und dankbar das minimalistische Angebot der Arbeitgeber annehmen. Frei nach Charly Mac-Euro-Burger Nehammer: wenn'st mit der Gehaltserhöhung nicht zufrieden bist, geh zum Fleischlaberlbrater und denk an die armen Würschtln, denen es noch schlechter geht wie dir. Tiefer kann man in die wahre Seele der Volkspartei, die nur mehr an ihre eigenen Taschen denkt, nicht mehr blicken.

Fleißig werkeln Schwarz, Grün und Rot in Gleisdorf auch am einspurigen Einbahnring weiter. Noch bevor das Prestigeprojekt fertig ist, zeigen sich da schon die Fehlplanungen der Verkehrsexperten: allzu oft blockieren z.B. abbiegende LKWs die Fahrbahn und es bildet sich sofort ein Stau. Vielleicht ist das aber auch im Sinne der Erfinder ÖVP und Grüne, die zum Umstieg auf Fahrrad und Wanderschuhe zwingen wollen. Die Zukunft der Gleisdorfer Innenstadtwirtschaft liegt unter diesen Vorzeichen wohl in der Belieferung durch Fahrradrikschas (Neudeutsch: Lastenrad). Ins Stadtbild würden dann auch gut Taxi-Sänften passen, die die Kundschaft vom Bahnhof ins Zentrum tragen. Gleichzeitig könnte dieses Verkehrsmodell auch Beschäftigung für die vielen zugewanderten Fachkräfte bieten. Beim Blick in die Zukunft soll eben der Humor nicht zu kurz kommen. Für die Advents- und Weihnachtszeit sowie den Jahreswechsel wünsche ich Ihnen vor allem Optimismus und die Überzeugung, dass eine bessere Zukunft gestaltbar bleibt. Vergessen wir nicht: eine vernünftiger Politik als derzeit ist wählbar – spätestens am nächsten Wahltag!

Mit besten Wünschen,
StPO GR Harald Lembacher

Verkehr ist kein Schicksal, er ist das Resultat von Planung und manchmal eben auch von Fehlplanung.

Die Baustelle in der Schillerstraße ist zwar beendet, aber die künstliche Engstelle, die man dadurch geschaffen hat, bleibt uns erhalten. Laut Verkehrsanalyse aus dem Jahr 2018 des Büros PLANUM Fallast Tischler & Partner GmbH fahren in der Schillerstraße 42 % auf dem linken Fahrstreifen. Diese 42 % fahren jetzt natürlich nicht mehr links, da dieser Fahrstreifen nicht mehr existiert. Vielmehr reißen sie sich bei den restlichen 58 % auf dem übrig gebliebenen rechten Fahrstreifen ein.

Man darf gespannt sein, wie es der Verkehr, der beidseitig aus der Neugasse kommt, in Zukunft schafft, sich auf die eine Spur der Schillerstraße einzufädeln. Ich vermute ja, dass Stau in der Neugasse bald zur Normalität gehören wird.

Ebenso bin ich gespannt, wie bei einem Unfall oder Ähnlichem die Einsatzkräfte schnell durchkommen wollen, da ja keine Ausweichmöglichkeit mehr vorhanden ist. Nächstes Jahr geht es dann fröhlich in der Ludwig-Binder-Straße weiter, um dann im darauffolgenden Jahr beim Umbau des Florianiplatzes endgültig im Verkehrschaos zu versinken. Die ÖVP lässt sich hier von den Grünen vor den Karren spannen, um deren beinahe fanatisch vorangetriebenes Fahrradkonzept umzusetzen und die SPÖ stimmt zu. Man könnte fast meinen, die Fraktionen orientieren sich an der Bundespolitik.

Man will am besten keine Autos in der Stadt und schon gar nicht die 50 % Durchzugsverkehr. Optimalerweise sollten sowieso alle auf Fahrräder in welcher Form auch immer umsteigen, denn wer braucht schon Autos. Das erklärt vielleicht auch, warum dann doch der eine oder andere Fahrrad-

fahrer wieder auf der Straße statt am Radweg unterwegs ist.

Wenn es nach den Grünen geht, sollten am besten auch die Bewohner der umliegenden Ortsteile mit dem Fahrrad Einkäufen fahren. Es ist auch so superpraktisch mit dem Fahrrad von zb. Laßnitzthal nach Gleisdorf zu fahren, um seinen Wocheneinkauf zu erledigen.

Einsprüche werden immer wieder abgewiegelt, man spricht von Notwendigkeiten, Modellregionen und von den massiven Förderungen für den Radverkehr.



Man sollte aber nicht vergessen, dass auch die Förderungen aus Steuergeld bestehen. Wenn hier also über Jahre hinweg der Einbahnring um etliche Millionen umgebaut wird, dann ist im Grunde egal, ob das Geld von der Gemeinde, vom Land oder vom Bund kommt, denn unterm Strich kommt es vom Steuerzahler. Hier eben auch nicht unwesentlich vom autofahrenden Steuerzahler. Getreu dem Leitspruch „koste es, was es wolle“ wurden auch hier kostengünstigere und vernünftige Lösungen über Bord geworfen und die Luxusvariante bevorzugt. Die Verlierer bei der ganzen Sache sind die Autofahrer. Wenn dann irgendwann das Ziel mancher Personen erreicht ist und der PKW-Verkehr Gleisdorf meidet, dann stellt sich die Frage, wie weit auch die Wirtschaft in der Stadt zu den Verlierern gehören wird. All dies geopfert am Scheiterhaufen einer zweifelhaften Ideologie.

Ihr
GR Willibald Spörk

Ein Aufruf zur Vernunft:

Hinterfragen wir die Klimahysterie!

Ich sitze hier und frage mich, wo ich anfangen soll. Wie viele andere auch, strebe ich danach, mein Leben bestmöglich zu gestalten. Aber wenn wir ehrlich zu uns sind, dann entwickelt sich unsere Lage immer mehr in eine bizarre und skurrile Richtung, wie man es eher in einem Film von David Lynch erwartet, aber nicht von unserem schönen Österreich. Wir mischen uns in Konflikte ein, die uns wirklich nichts angehen. Wir haben eine Fraktion von gescheiterten, jungen Menschen, die sich völlig zufällig an Straßen festkleben. Wir ordnen uns im Kampf gegen den Klimawandel der Führungsrolle im Bereich E-Autos China unter und verzichten dabei auf unsere eigenen technologischen Vorreiterrollen. Wir haben in Österreich eine Zahl von geflüchteten Menschen pro Kopf, die nach Zypern die höchste in der EU ist. Wir stehen einer Revolution der künstlichen Intelligenz gegenüber und zugleich haben wir eine Regierung, in der ein Koalitionspartner, im Angesicht all dieser Probleme das Thema Gendern, in all seinen schillernden Farben als sehr wichtig ansieht. Unglaublich! Finden sie nicht auch? Hier sind ein paar kurze Ideen, die ich zu den oben angesprochenen Problemen habe.



Regler auf eine hohe Temperatur stellen, weil das Wasser anfangs zu kalt ist. Nach kurzer Zeit ist das Wasser zu heiß und sie drehen es auf kalt. Nach einiger Zeit ist das Wasser wieder zu kalt. Irgendwann haben sie die richtige Temperatur gefunden. Da sie diese Erfahrung bereits mehrfach gemacht haben, stellen sie inzwischen wahrscheinlich den Regler gleich auf die richtige Temperatur und warten kurz bis diese erreicht ist und fertig. Mit dem Klimawandel ist es ähnlich. Sich jetzt in blindem Tatendrang stumpfsinnig irgendwo festzukleben ist völliger Schwachsinn. Langfristig die Folgen der Veränderung zu antizipieren ist sinnvoll – kein kurzsichtiger Aktionismus.

➤ **E-Autos:** Um gleich beim Thema Aktionismus zu bleiben, möchte ich auch über E-Autos etwas sagen. Die Umweltauswirkungen der Herstellung von Lithium-Ionen-Batterien ist haarsträubend, ebenso die Arbeitsbedingungen, unter denen die Rohstoffe gewonnen werden. Die Reichweite ist ebenso begrenzte wie die Ladeinfrastruktur und in ländlichen Gebieten inakzeptabel. Die Stromerzeugung für das Laden der Batterie wird oftmals mit Strom aus fossilen Brennstoffen gewonnen und macht die Ersparnis von Emissionen zunichte. Ressourcenknappheit von Lithium und Kobalt führt unter anderem zu geopolitischen Spannungen und das ist wirklich das letzte, was wir in einer verfahrenen Situation, wie wir sie gegenwärtig haben, gebrauchen können. Sie sehen, E-Autos sind zum aktuellen Zeitpunkt ein Schuss ins eigene Knie.

Ihr
GR Ing. Gerald Trieb



➤ **Klimawandel:** Wir können als kleines Land den Klimawandel nicht aufhalten – egal was wir machen. In Österreich sind wir aber in der Lage, uns auf die Auswirkungen vorbereiten zu können. Damit meine ich zum Beispiel Maßnahmen gegen die Auswirkungen von extremen Wetterereignissen, langfristige Anpassung der landwirtschaftlichen Nutzung und vieles mehr. Darin sollte unser Ziel bestehen. Denken sie daran, wie es ist, wenn sie in der Dusche stehen und den



PROJEKT
VOLKS KANZLER

VOM VOLK - FÜR'S VOLK

MARIO KUNASEK
EHRlich. MUTig. KONSEQUENT.

HERBERT KICKL
BUNDESPARTEIOBMANN

MARIO KUNASEK
LANDESPARTEIOBMANN

EINLADUNG ZUM **NEUJAHRSTREFFEN**

2024

mit BPO **Herbert Kickl** & LPO **Mario Kunasek**

13
JÄNNER

SCHWARZL FREIZEITZENTRUM

Thalerhofstraße 85, 8141 Premstätten

BEGINN: 10.00 UHR

ab 10.00 Uhr: Musik mit der „John Otti Band“

ab 11.00 Uhr: Rede **Mario Kunasek**, Landesparteiobmann
Rede **Herbert Kickl**, Bundesparteiobmann

FPO

Wir freuen uns auf Euer Kommen

Geschätzte Gemeindebürger!

Wir erleben eine anhaltende Teuerung, die sich gewaschen hat, Spritpreise von bis zu zwei Euro und Lebensmittel, die im Schnitt um elf Prozent gestiegen sind, explodierende Mietzinse, eine Inflation von über zehn Prozent und eine ständige Leitzinssatzerhöhung, die variable Kredite durch die Decke gehen lässt und den Leistungsträgern unserer Republik die Luft zum Atmen nimmt. Und was macht die Regierung? Über gendergerechte Sprache diskutieren oder Empfehlungen abgeben, Burger um 1,40 Euro zu essen, wenn man kein Geld für gesunde Ernährung hat. Die Regierung gibt Steuergeld für Asylwerber aus, die noch keinen Cent in unser Sozialsystem eingezahlt haben und sie fährt das Gesundheitssystem an die Wand, weil sie nicht fähig ist, attraktive Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Mitarbeiter zu halten bzw. zu lukrieren. Diese und viele Ungeheuerlichkeiten mehr hat die Regierung zu verantworten.

zu können, braucht es eine starke FPÖ. Laut Umfragen sind wir auf einem guten Weg, nichtsdestotrotz müssen wir Wahlen gewinnen. Daher appelliere ich an euch im kommenden Jahr alles zu mobilisieren, um bei sämtlichen Wahlen als erster übers Ziel zu gehen, damit kein Weg an der FPÖ vorbeiführt!

Mit freiheitlichem Gruß
Patrick Derler



Liebe Mitstreiter!

Um all diese Verfehlungen umzukehren und endlich wieder Politik für unsere Österreicher machen



Frohe
Weihnachten

**und ein erfolgreiches
Jahr 2024 wünscht**



MARIO KUNASEK

FPÖ-Landesparteibobmann
Klubobmann des Freiheitlichen Landtagsklubs

■ Geschätzte Bürger!

Es steht außer Frage, dass unser Versorgungssystem einer stetigen Weiterentwicklung bedarf, die sich alleine schon aufgrund operationstechnischer Entwicklungen und neuer Behandlungsmethoden ergibt. Ebenso wenig ist zu leugnen, dass unser Gesundheitswesen in zahlreichen Bereichen massiv reformbedürftig ist, wobei hier etwa das Ausbildungssystem von Ärzten und Pflegekräften, die Stärkung des niedergelassenen Sektors oder auch der Ausbau der medizinischen Vorsorge zu nennen sind. Bedauerlicherweise macht sich bei vielen Steirern jedoch der berechnete Eindruck breit, dass Reformen im steirischen Gesundheitswesen in den vergangenen Jahren weniger aufgrund der Ausschöpfung von Verbesserungspotentialen geschehen, als vielmehr wegen des von ÖVP und SPÖ mitverantwortenden Ärzte- und Pflegekräftemangels.

Dies ist zweifelsohne auch bei der am 20. Juni dieses Jahres verkündeten „Spitalsreform“ der Fall. So planen die schwarz-rote Landesregierung und die KAGes-Verantwortlichen für nahezu sämtliche Krankenhausstandorte weitreichende Umstrukturierungsmaßnahmen, deren konkrete Auswirkungen für die Bevölkerung sich wohl erst in den kommenden Monaten und Jahren abzeichnen werden. Allerdings lassen der Verlust der Chirurgie am Spitalsstandort Bruck an der Mur, die Schließung der Ambulanz für Orthopädie und Traumatologie in Mürzzuschlag, die Umstellung zahlreicher Abteilungen auf Tages- und Wochenkliniken sowie der voraussichtliche Abzug der Geburtsstation am LKH Hartberg für viele Regionen massive Versorgungseinschnitte und eine noch stärkere Verlagerung der Patientenströme in Richtung Universitätsklinikum Graz erwarten. An diesem Umstand ändert auch die ebenfalls angekündigte und längst überfällige Umsetzung der langjährigen FPÖ-Forderung nach höheren Gehältern sowie einer besseren Vordienstzeitenanrechnung für Ärzte und Pflegekräfte wenig.

Wie bereits in der Vergangenheit werden im heimischen Spitalswesen einmal mehr weitreichende „Reformmaßnahmen“ vor allem deshalb gesetzt, da ÖVP und SPÖ aufgrund jahrelanger Versäumnisse im Gesundheits- und Pflegebereich mit dem Rücken zur

Wand stehen. Dabei wirken sich Maßnahmen, die aus einer Notlage heraus geboren sind, leider nur selten zum Vorteil der Betroffenen aus. Vielmehr ist aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre zu befürchten, dass die getroffenen Strukturmaßnahmen die ersten Vorboten einer noch tiefergreifenden Ausdünnungspolitik inklusive Krankenhausschließungen sein könnten. Dem werden wir Freiheitliche jedenfalls nicht tatenlos zuschauen und uns vielmehr weiterhin konstruktiv, aber mit Vehemenz für die Aufrechterhaltung einer flächendeckenden und wohnortnahen Versorgung für alle Steirerinnen und Steirer einsetzen.

Euer
Mario Kunasek
Landesparteiobmann

